

ERITREA

Bischof nach Regimekritik inhaftiert

Zum „Gefangenen des Monats Dezember 2022“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den eritreisch-katholischen Bischof Fikremariam Hagos Tsalim von Segheneyti (Süderitrea) benannt. Aus bislang unbekanntem Gründen führten Sicherheitskräfte den Geistlichen dieser katholischen Ostkirche am 15. Oktober 2022 – wenige Tage vor seinem 52. Geburtstag – auf dem Flughafen der Hauptstadt Asmara ab.

Er war gerade von einer Europareise zurückgekehrt, auf der er unter anderem Deutschland besucht hatte. Zwei weitere Priester seiner Kirche wurden auch in dem Zeitraum festgenommen. Bischof Hagos wird im berüchtigten Adi Abeto Militärgefängnis vor den Toren der Hauptstadt festgehalten. In seiner Führungsrolle sah er

Musterbrief

An den Präsidenten
Isayas Afewerki
c/o Botschaft des Staates Eritrea
Stavangerstr. 18

10439 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich in Sorge um den eritreischen Bischof Fikremariam Hagos an Sie. Der eritreisch-katholische Geistliche leitet seit zehn Jahren die Diözese Segheneyti. Nach der Rückkehr von einer Europareise am 15. Oktober 2022 wurde er am internationalen Flughafen in Asmara festgenommen. Seither ist seinen Gläubigen nichts über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bekannt geworden.

Da Eritrea im Jahr 2002 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifizierte, bitte ich Sie, entsprechend alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um ihn sowie andere Geistliche seiner Kirche freizulassen. Bitte ermöglichen Sie den Gläubigen in seiner Diözese und damit der Öffentlichkeit Zugang zu Informationen über sein Schicksal.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: DANIELA HESSELMAIER

Bischof Fikremariam Hagos Tsalim

es in der Vergangenheit als seine Pflicht an, in seinen Predigten die massiven Verletzungen der Menschenrechte in seinem Heimatland zu kritisieren. Es wird befürchtet, dass ihm das zum Verhängnis wurde.

Meist sind es Anhänger staatlich nicht anerkannter Glaubensgemeinschaften, die willkürlich hinter Gittern gebracht werden, oftmals für lange Jahre, ohne jemals einen Richter gesehen zu haben. Unmenschliche Haftbedingungen und gar Folter sind in dem ostafrikanischen Land eher die Regel als die Ausnahme. Dessen Geschehnisse werden seit der Gründung am 24. Mai 1993 von Diktator Isayas Aferwerki mittels eines sozialistischen Einparteiensystems geführt.

KATAR

Raues Klima für Nicht-Muslime

Anlässlich des Auftakts der Fußball-Weltmeisterschaft im streng islamisch geprägten Emirat Katar hat die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) eine Debatte über die Lage der Religionsfreiheit in islamischen Staaten gefordert. Abgesehen von gefährlichen Arbeitsbedingungen der Migranten sei das fundamentale Recht auf freie Religionsausübung dort ebenso eingeschränkt. Unter den Migranten bekennen sich viele zum Christentum, Hinduismus, Buddhismus oder dem Bahaitum. Auf die Weitergabe anderen Glaubens als des Islam sowie die Abkehr vom islamischen Bekenntnis reagiere oftmals der Staat oder die Gesellschaft mit schwerster Verfolgung. Kataris, die Christen werden, könnten ihren Glauben nur im Geheimen leben.

Für die Abkehr vom Islam sieht das katarische Strafgesetz die Todesstrafe vor,

wenngleich bislang nur auf dem Papier. Die Werbung für eine andere Religion als den Islam wird mit bis zu zehn Jahren Gefängnis geahndet. Das Gesetz betrifft vor allem Ausländer in Katar, dessen Staatsbürger hingegen ausschließlich Muslime sind. Die Bürger des Landes machen jedoch nur ein Viertel seiner Bevölkerung aus. Nicht-Muslime unter Missionsverdacht werden bevorzugt aus dem Land ausgewiesen.

Anstatt Religionsfreiheit herrscht dort nur eine Kultusfreiheit unter dem Vorbehalt des islamischen Rechts, der Scharia. Ausländische Christen der sechs registrierten Bekenntnisse könnten „ihren Glauben nur bedingt frei leben, indem sie eine der neuen Kirchen im separaten „Mesaymeer Religionskomplex“ vor den Toren Dohas besuchen“, heißt es in der Mitteilung.

Die IGFM ist darüber hinaus über die jüdenfeindlichen Beiträge in katarischen Medien besorgt. Da dort dieser Bereich sehr stark kontrolliert wird, ist davon auszugehen, dass die politische Elite diesen Hass systematisch begünstigt. Nicht überraschend erschienen vor diesem Hintergrund kurz nach Auftakt der Meisterschaft weltweit Medienberichte über fehlende Gebetsstätten und den Mangel an warmen koscheren Speisen für jüdische WM-Gäste. Der am 26. September 2022 verstorbene islamische Rechtsgelehrte Yusuf al-Qaradawi verbreitete jahrzehntelang von Katars Hauptstadt Doha aus, unter anderem über den Fernsehsender Al Jazeera, seine menschenrechtsfeindliche Lehre. Neben Saudi-Arabien gilt Katar als Hauptexportland fanatisch-islamischer Vorstellungen.

UGANDA

Überfälle auf Ex-Muslime durch Fanatiker

Drohungen vom Imam, lebensgefährliche Prügel vom muslimischen Ehemann, Vergewaltigung und Ermordung durch fanatische Nachbarn: Das sind die Gefahren, die Menschen im muslimisch stark besiedelten Osten Ugandas auf sich nehmen, wenn sie sich aus der islamischen Gemeinschaft verabschieden und zum Beispiel Christen werden. Seit einigen Jahren erreichen die IGFM von dort Berichte über gewaltsame

Übergriffe auf ehemalige Muslime. Dabei liegt der Anteil der Christen landesweit bei ungefähr 85 Prozent, während sich nur elf Prozent der Bevölkerung zum Islam bekennen.

Wenn sie nicht gar um ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen, dann um ihre Lebensgrundlagen: Der IGFM liegen Informationen zu mehreren Fällen vor, in denen Haus und Ernte

von Konvertiten zerstört oder ihr Vieh getötet wurde. Aus Angst vor Islamisten fliehen die ehemaligen Muslime oftmals oder praktizieren ihren neuen Glauben im Geheimen.

Der zunehmende Fanatismus unter Ugandas Muslimen ist Folge der Verbreitung wahhabitisch-islamischer Vorstellungen, die Rückkehrer aus Saudi-Arabien und Katar ins Land mitbringen.

NICARAGUA

Nach Ausschaltung von Opposition und Zivilgesellschaft: Regime verfolgt nun Christen

Der katholische Bischof Rolando José Álvarez Lagos von Matagalpa in Nicaragua ist am 19. August 2022 unter dem autoritären Regime von Präsident Daniel Ortega festgenommen worden. Er befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehreren Wochen unter Hausarrest. Die Polizei brachte ihn in der Nähe der Hauptstadt Managua bei Angehörigen unter, wo er seither festgesetzt ist. Zugleich kamen ein Kameramann, ein Diakon und zwei Seminaristen hinter Gittern; sie werden im Gefängnis „El Chipote“ in Managua mit anderen politischen Gefangenen festgehalten. Das Regime inhaftierte zuvor schon drei weitere Priester aus politischen Gründen.

In der katholischen Kirche, die sich vergeblich um Vermittlung zwischen Regierung und Opposition bemühte, war zivilgesellschaftliches Engagement, etwa in Verbänden und Hilfswerken, noch länger möglich als in anderen Bereichen. Da aber engagierte Katholiken gut vernehmbar das staatliche Unrecht kritisieren, sind nun viele von ihnen selbst seit Anfang 2022 zur Zielscheibe der Unterdrückung geworden, insbesondere Álvarez, der Mitte Mai sogar aus Protest in den Hungerstreik ging. Ihm wird vorgeworfen, die Regierung destabilisieren zu wollen. Neun katholische Radio- und drei katholische Fernsehsender wurden verboten. Die politische Führung scheut nicht

einmal den offenen diplomatischen Konflikt mit dem Vatikan: Im März 2022 wurde gar dessen Botschafter ausgewiesen.

Seit 2018 befindet sich Nicaragua in einer politischen Krise. Menschenrechtsorganisationen sind über die massiven Repressalien des Regimes besorgt, wie Kriminalisierung von Regierungskritik, Inhaftierung von Politikern der Opposition unter unmenschlichen Bedingungen, Zwangsschließungen von mehr als 1.500 Bürgerinitiativen, darunter karitative Organisationen, Brandschätzungen von Kirchengebäuden, Polizeikontrollen im Umfeld von Gottesdiensten und Störungen derselben sowie Drohungen gegen Gläubige.

WELTWEIT

IGFM-Hamburg fordert bei Lichterkette mehr Einsatz zum Schutz von Christen

Mit einer Lichterkette in Hamburg hat sich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am 12. November 2022 für verfolgte Christen auf der ganzen Welt eingesetzt. Die IGFM-Referentin für Religionsfreiheit, Michaela Koller (Frankfurt am Main), kritisierte, dass in Pakistan auf angebliche Gotteslästerung und Beleidigung des Islam weiter die Todesstrafe stehe. Auch eine gezielte Vortäuschung blasphemischer Handlungen durch Islamisten komme vor. Wenn christliche Mädchen entführt und vergewaltigt werden, würden nicht etwa die muslimischen Täter bestraft, sondern Eltern, die ihre Kinder befreien und schützen: „Das ist eine vollkommene Pervertierung des Kinderschutzes.“



Der aus Nigeria stammende Pastor Osai Okeke (Hamburg) sagte, die Christenverfolgung in seinem Heimatland sei

immer mehr in das Bewusstsein der weltweiten Öffentlichkeit gerückt. Er verwies auf Erkenntnisse der Vereinten Nationen (UN), nach denen in Nigeria in den letzten Jahren 350.000 Menschen – meist Christen – ermordet wurden. 2,5 Millionen Einwohner seien auf der Flucht. Okeke ist Vorsitzender der Konferenz afrikanischer Kirchen in Hamburg.

Der frühere Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Klimke bedauerte, dass das Thema Christenverfolgung angesichts der aktuellen Krisen immer mehr in den Hintergrund gerate. Er rief die Kirchen dazu auf, sich verstärkt dem Thema zu widmen und gemeinsam mit der Politik neue Initiativen zu starten. (IDEA)